



Berlin, den 25. Juli 2019

Beschluss der Landesgruppe Ost im Deutschen Bundestag

Kurzpapier / Arguliner zu "30 Jahre Mauerfall / D-Mark / Wiedervereinigung und Aufbruch Ost"

1. Bereich Wirtschaft

Herausforderungen:

Obwohl in den letzten Jahren viel Positives passiert ist, wie die Modernisierung von Verkehrswegen, Ausbau der Universitäten und Sanierung kommunaler Infrastruktur, darf nicht verkannt werden, dass es noch immer unerschlossene wirtschaftliche Potenziale der Ost-Bundesländer gibt. Hinzu kommen weitere Herausforderungen wie der demografische Wandel und ein zunehmend globalisierter und digitalisierter Wettbewerb.

Lösungen:

- Mehr wirtschaftliche Freiheiten durch Bürokratieabbau ermöglichen
- Gewerbesteuer durch kommunale Wertschöpfungssteuer ersetzen - Gewinne dort versteuern, wo sie erwirtschaftet wurden
- „Bürokratiearme Startphase“ für Existenzgründer schaffen und Nachfolger durch Befreiung von möglichst vielen Regelungen (vor allem steuer- und arbeitsrechtlich) entlasten
- Bürokratie-TÜV sowie eine „One In – One Out“-Regelung für Gesetze, Verordnungen und Satzungen einführen
- Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden ermöglichen und Rahmenbedingungen für privates Risikokapital von Start-Ups verbessern
- Realistische Gesetzesfolgenabschätzung für Unternehmen und Bürger vornehmen
- Öffentliche Ausschreibungen durch Bürokratieabbau für alle Unternehmensgrößen zugänglich machen
- Fachkräftemangel durch Schulfach Wirtschaft und verpflichtende praktische Berufsorientierungsmaßnahmen ab Klasse 7 entgegenwirken
- Beschäftigungspotentiale durch Gleichstellung von Berufsausbildung und Studium heben
- Schaffung attraktiver Möglichkeiten zur Arbeit über das Rentenalter hinaus
- Qualifizierte Zuwanderung durch einfachere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und schlüssiges Einwanderungsgesetz
- Sonderwirtschaftszonen einrichten - Ländern und Kommunen mehr Gestaltungsspielraum bei der Auslegung von rechtlichen Regeln einräumen, um Raum für Experimente und neue Ideen zu schaffen (ergänzen durch konkrete Beispiele)



2. Bereich Infrastruktur, Verkehr, Digitalisierung, Wohnen

Herausforderungen:

Der Zugang zu einer leistungsfähigen Infrastruktur ist für die individuelle Selbstbestimmung und als Standortfaktor für die Wirtschaft eine Schlüsselfrage. Trotz aller Investitionen hat Ostdeutschland bei der Qualität der Verkehrs- und Digitalinfrastruktur dennoch deutlichen Nachholbedarf. Insbesondere in den ländlichen Räumen braucht es nachhaltige Anstrengungen, um durch eine bessere Verfügbarkeit von digitaler Infrastruktur und Mobilität die Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen Leben dauerhaft sicherzustellen.

Lösungen:

- Gleichberechtigten Mix aus allen Verkehrsarten anbieten für ein Mobilitätsangebot, das zu den individuellen regionalen Lebenssituationen der Bürger/-innen passt
- Alle Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte auf Beschleunigungsmöglichkeiten überprüfen
- Flächendeckenden Zugang zu Gigabit-Netzen ermöglichen, um Zukunftsfähigkeit insbesondere ländlicher Räume zu sichern
- Testfelder für Mobilitätsangebote der Zukunft schaffen (z. B. DEKRA-Lausitzring für autonomes Fahren)
- Personenbeförderungsgesetz modernisieren, um neue digitale Mobilitätsangebote zuzulassen
- Verwaltungsdienstleistungen und -prozesse konsequent digitalisieren und ortsunabhängig online verfügbar machen
- Flughafen Tegel offenhalten und Flughafen Leipzig/Halle zum Frachtdrehkreuz ausbauen, um Ostdeutschland als Luftfahrtstandort weiter zu stärken
- Bahnstrecken mit überregionaler Bedeutung zügig elektrifizieren (z. B. Dresden – Görlitz, Cottbus – Görlitz, Weimar – Gera - Gößnitz)
- Rahmenbedingungen für mobile Angebote wie Kombi-Busse, rollende Supermärkte, Sparkassen, Bibliotheken oder Jugendangebote verbessern
- Ländliche und urbane Räume verzahnen – Smart City Lösungen ermöglichen
- Übergreifenden Ansatz zur Raumordnung im Planungsrecht schaffen, um Wohnungsbau zu beschleunigen
- Wohneigentumsquote in den ostdeutschen Bundesländern durch Eindämmung von Normen erhöhen / steigern
- Rückbauprogramm für schrumpfende Kommunen neu auflegen
- Programme zum Erhalt lebendiger Ortszentren fördern

3. Bereich Bildung und Kultur

Herausforderungen:

Um die künftigen Herausforderungen erfolgreich zu meistern, bedarf es Menschen, die an die Zukunft glauben und deren Handeln von Optimismus, Mut und Entscheidungsfreude



geprägt ist. Damit sich solch bürgerliche Tugenden herausbilden und Innovationen erzeugen können, bedarf es neben hervorragenden Bildungsangeboten für Jung und Alt auch einer vielfältigen Kulturszene in allen Teilen des Landes. Nur so lässt sich die freiheitlich-demokratische Grundordnung erhalten, ein offener gesellschaftlicher Diskurs führen und das politische Erbe vorurteilsfrei aufarbeiten.

Lösungen (Politische Bildung / Demokratiebildung):

- Debattenkultur in Kommunen und Land durch Schul- und Jugendparlamente mit Anhörungsrecht und eigenes Budgetrecht fördern
- Politische Bildung zum Thema „Friedliche Revolution und deren Folgen“ in den Schulen vertiefen und mittels digitaler Plattformen für die Allgemeinheit wie auch für Forschung und Lehre bereitstellen
- Ausstattung der Gedenkstätten für die Opfer politischer Gewalt und Unterdrückung verbessern – Forschung und Lehre zu diesen Themen stärken – Bildungs- und Informationsangebote ausweiten
- Stasi-Unterlagen-Archiv zu einem modernen, nutzerfreundlichen Archiv im Rahmen des Bundesarchivs weiterentwickeln und Zugang zu den Akten für Opfer und Wissenschaftler erleichtern und langfristig sichern

Lösungen (Schul- und Erwachsenenbildung):

- Nationale Bildungsziele definieren – Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse ermöglichen
- Digitalpakt Schule zügig realisieren
- Sonderprogramm zum Breitbandausbau an Schulen auflegen
- Investitionen in universitäre und außeruniversitäre Forschungszentren realisieren, um neue Innovationen zu ermöglichen, z. B. im Bereich Künstliche Intelligenz

Lösungen (Kultur):

- Förderung der kulturellen Vielfalt und Kreativwirtschaft in den östlichen Bundesländern als identitätsstiftendes Instrument sichern
- Kulturtourismus ausbauen - kulturspezifische Reisen durch die ostdeutschen Bundesländer anbieten
- Bestehende Programme des Bundes für Kultur und Medien verstärkt nutzen
- Digitale Angebotsformate für Kultur fördern

4. Bereich Verwaltungsreform, Bürokratieabbau, Starke Kommunen

Herausforderungen:

Viele Kommunen befinden sich trotz vielfältiger Zuständigkeiten in finanzieller Schieflage. Neben der fehlenden Ausfinanzierung durch Länder und Bund sind hierfür hohe Kreisumlagen verantwortlich. Notwendige Einsparungen gehen zu Lasten freiwilliger Aufgaben und der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Hinzu kommt eine oftmals unklare Aufgabenverteilung zwischen Bund, Land, Landkreisen und



Kommunen – der Bund übernimmt / finanziert mittlerweile kommunale (SGB II) und Landesaufgaben (Bildung) mit. Nicht zuletzt ist die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen in Kommunen wie auch in den Ländern längst nicht ausreichend.

Lösungen:

- Bund und Länder müssen kommunale Pflichtaufgaben ausfinanzieren (Konnexitätsprinzip)
- Aufgabenverteilung zwischen Ländern, Landkreisen und Kommunen neu regeln (Funktionalreform)
- Interkommunale Zusammenarbeit durch Aufgabenverbünde, Verbandsgemeinden, gemeinsame Beschaffung, gemeinsame IT, gemeinsame Software für digitale Angebote stärken
- E-Government-Gesetze in Bundesländern und deren entsprechender Umsetzung in Kommunen forcieren
- Ausstattung von Kommunen mittels Globalbudgets forcieren

5. Bereich Arbeit, Soziales, Gesundheit, Rente

Herausforderungen:

Es existiert eine vergleichsweise schwach ausgeprägte Industriestruktur. Noch immer gibt es unterschiedliche Tarifstrukturen (geringere Löhne trotz teilweiser gleicher / besserer Produktivität, geringere Tarifbindung). Zudem gelten seit drei Jahrzehnten unterschiedliche Rentensysteme. Der/Die Ost-Beauftragte arbeitet aktuell ohne klar messbare Aufgabenbeschreibung. Demographische Prozesse vollziehen sich im Osten ca. 10 Jahre früher als im Westen der Republik. Hieraus resultiert ein großer Bedarf an innovativen medizinischen Versorgungsangeboten und –strukturen, die neu geschaffen und rechtlich verankert werden müssen.

Lösungen:

- Unternehmen in Ostdeutschland so groß zu machen, dass sie DAX-fähig werden (statt auf Ansiedlungen zu warten)
- Ost-West-Rentensysteme bis spätestens 2025 angleichen
- Aufgaben des Ost-Beauftragten der Bundesregierung klar definieren. Sie/Er muss:
 - Impulsgeber/in für Angleichung der Systeme Ost-West im Bereich Arbeitsmarkt, Rente und der SGB sein,
 - Impulsgeber/in für rechtliche Öffnung für neue Versorgungsmodelle im Bereich SGB V (Krankenversicherung / medizinische Versorgung), VIII (Kinder- und Jugendhilfe), IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen) und XI (Pflegeversicherung) sein und
 - Diskussion über Selbstverständnis der ostdeutschen Bundesländer als Teil der Bundesrepublik, Entwicklung neuer, gesamtdeutscher Ideen z. B. für Hymne, Verfassung, wissenschaftliche Aufarbeitung der Arbeit der Treuhand-Anstalt, etc. anstoßen



- Öffnungsklauseln in den o. g. Sozialgesetzbüchern einbauen, um Versorgungsangebote zu flexibilisieren, den ambulanten / familialen Sektor zu stärken, zudem digitale Versorgungsangebote (z. B. Telemedizin) flächendeckend einführen
- Industriestrategie für Ostdeutschland erarbeiten und umsetzen

6. Bereich Innen und Recht

Herausforderungen:

Ein wesentlicher Indikator für Lebensqualität ist das persönliche Sicherheitsgefühl. Die Art der Aufnahme und (kulturellen) Integration von Flüchtlingen wird vielerorts kritisch gesehen.

Lösungen:

- Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte personell deutlich besser ausstatten, um:
 - präventiv tätig werden zu können,
 - Straftäter schneller zu ergreifen,
 - die Aufklärungsquoten zu erhöhen und
 - die Verfahrensdauern zu verkürzen
- Koordination und Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden verbessern und klare Standards und Zuständigkeitsregeln innerhalb der Sicherheitsarchitektur einführen
- Beschleunigte Verfahren bei Delikten von Kindern und Jugendlichen anwenden, um frühzeitig von Folgetaten abzuschrecken
- Elektronische Verfahren in der Justiz flächendeckend einführen, um Verfahren zu beschleunigen
- Polizeipräsenz in Städten (mit Ordnungsamt und ggf. Sicherheitspartnern (BB)/Bürgerpolizisten (SN)) erhöhen und insbesondere in ländlichen Regionen Zahl der Reviere und Direktionen erhöhen
- Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten einsetzen zur Vermeidung bzw. Aufklärung von Straftaten unter Berücksichtigung bestehender Regelungen zur Speicherung von Bild- und Tonaufzeichnungen
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien ausbauen. Entsprechende Kooperationsvereinbarungen erarbeiten bzw. Bestehende schrittweise ausbauen
- Landes-Abschiebeeinrichtungen auf- und ausbauen, um Verfahren zu beschleunigen und Zugriff auf ausreisepflichtige Personen zu verbessern (die kommunale Zuständigkeit wie in BB hat sich nicht bewährt, da viele ausreisepflichtige Personen nicht angetroffen werden)
- Rechtssichere Regelungen für grenzüberschreitende Feuerwehr- und Rettungsdiensteinsätze sowie beim Katastrophenschutz schaffen (Rahmenabkommen)



7. Bereich Umwelt, Landwirtschaft, Energie, Klima

Herausforderungen:

Ostdeutschland verfügt mit seinen vielzähligen Großschutzgebieten über einen reichhaltigen Naturschatz, der in den vergangenen drei Jahrzehnten zu Artenvielfalt und Biodiversität beigetragen hat. Gleichzeitig stehen die Schutzanliegen immer wieder in Konflikt mit den ebenso berechtigten wirtschaftlichen Anliegen zur Offenhaltung der Kulturlandschaft.

Ostdeutschland ist u.a. durch dessen Braunkohleverkommen ein natürlicher Energieproduktionsstandort. Wo produziert wird, leistet dies einen systemimmanenten Beitrag zu Wertschöpfung in der jeweiligen Region und zu regionaler / nationaler Versorgungssicherheit. Die Lausitz und das Mitteldeutsche Revier sind durch den beabsichtigten Kohleausstieg daher nun umso mehr von einem Strukturbruch bedroht. Gewachsene wirtschaftliche Strukturen und eine sichere und bezahlbare Energieversorgung dürfen nicht einseitig Klimazielen geopfert werden.

Lösungen:

- Existierende Schutzgebiete (NSG, LSG, Biosphärenreservate, Naturparke) personell und finanziell absichern
- Ausreichend wirtschaftliche Grundlagen für Landwirtschaft, Fischereiwirtschaft u.a. durch fairen Interessenausgleich zwischen Natur- und Kulturlandschaften schaffen
- Bundesnaturschutzgesetz sowie europäische Regelungen (NATURA 2000, FFH-Richtlinie, Wasserrahmenrichtlinie) flexibilisieren und eine pragmatische Anwendung in den Regionen (Entnahme Biber, Regulierung Wolf und Kormoran usw.) ermöglichen
- Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen fördern
- Strukturwandel mittels passgenauer Maßnahmen in den Bereichen F+E sowie Infrastrukturförderung mit Weitsicht und auf die jeweilige Region bezogen durchführen
- Kommunen an den Einnahmen aus Windenergieanlagen beteiligen, um Akzeptanz zu erhöhen (Mindestsockelbetrag p. a.)
- Regionale Preiszonen bei Netzentgelten schaffen – Kosten lastseitig abbilden, nicht produktionsseitig (Standortnachteil für Produktionsstandorte ohne hohe Last)
- Entwicklung regionaler Energiekonzepte unter Beteiligung aller relevanten Akteure (Unternehmen, Privathaushalte, Verkehrsteilnehmer, Hausbesitzer, Landwirte u. a.)

Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann MdB
Energiepolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten
Telefon: 030 227 – 74394
E-Mail: martin.neumann@bundestag.de